



FREIE WÄHLER-Fraktion

An das
Büro des Stadtverordnetenvorstehers
Herrn Franz-Rudolf Urhahn
- Hauptamt –
Rathaus Mörfelden
Westendstr. 8
64546 Mörfelden-Walldorf

Mörfelden-Walldorf, 6. März 2023

**Betreff: Resolution:
Verantwortungsvoller Umgang mit den Finanzen im Kreistag Groß-
Gerau**

Bezug: ./.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Resolution:

Verantwortungsvoller Umgang mit den Finanzen im Kreistag Groß-Gerau:

Die Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf fordert den Landrat und den Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau sowie die Mitglieder des Kreistags, insbesondere die mehrheitsbildende Koalition auf, sich für eine verantwortungsvolle, nachhaltige und solide Finanzierung des Kreises Groß-Gerau einzusetzen und bei der Erstellung des Kreishaushalts die gesetzlichen Anforderungen zu beachten.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert deshalb:

- einen deutlichen Sparwillen bei der Schaffung neuer Stellen
- einen sichtbaren Willen zur ausgabenseitigen Konsolidierung des Kreishaushalts
- eine verantwortungsvolle und generationengerechte Finanzpolitik des Kreises Groß-Gerau.

Diese Resolution ist zu versenden an:

- die Aufsichtsbehörde des Landkreises Groß-Gerau
- die Mitglieder des Kreisausschusses
- die Mitglieder des Kreistags“

Begründung:

Wir alle leben in herausfordernden Zeiten. Damit muss nicht nur der Landkreis Groß-Gerau umgehen, sondern alle, die politisch in der Verantwortung stehen. Gerade in Krisenzeiten sind wir gefordert, mit den uns anvertrauten Mitteln verantwortungsvoll und bedacht umzugehen. Der Landrat des Kreises Groß-Gerau sowie die mehrheitsbildende Koalition im Kreistag Groß-Gerau kommen dieser Verantwortung nicht nach. Der von der Koalition beschlossene Kreishaushalt ist eine Bankrotterklärung für den Landkreis Groß-Gerau.

Es ist davon auszugehen, dass der vom Kreistag beschlossene Haushalt nicht genehmigungsfähig ist.

Dies wurde dem Kreis Groß-Gerau durch das Regierungspräsidium am 7. Dezember 2022 mitgeteilt. Wenn der Kreis Groß-Gerau die Auflage bekommt, den Haushalt zu überarbeiten, ist davon auszugehen, dass die Einnahmesituation des Kreises verbessert werden muss. Nur um den Finanzhaushalt im Jahr 2023 auszugleichen, müsste der Kreisumlagehebesatz um rd. 10 Punkte angehoben werden. Dies wäre eine erhebliche Mehrbelastung für den Haushalt der Stadt Mörfelden-Walldorf. Insgesamt würde diese Erhöhung die Städte und Gemeinden im Kreis mit 40 Mio. Euro mehr belasten. Eine Mehrbelastung, die wir gerade in der angespannten Zeit nicht leisten können. Es würde dazu führen, dass die Stadt Mörfelden-Walldorf z.B. freiwillige Leistungen einsparen muss, weil an anderer Stelle bewusst und gezielt auf Einsparungen gänzlich verzichtet wird.

Die Kommunen des Kreises Groß-Gerau müssen nach dem aktuellen Haushaltsentwurf 2023 mehr als 226 Mio. Euro an Kreis- und Schulumlage an den Landkreis zahlen. Vor nur fünf Jahren betrug diese Summe noch 179 Mio. Euro, eine Steigerung von fast 50 Mio. Euro. Gleichzeitig hat der Kreis Groß-Gerau bei den Aufwendungen etwa 152 Mio. Euro mehr eingeplant als noch 2018, dabei stiegen allein die Personalaufwendungen von 50 auf 84 Mio. Euro und die Sach- und Dienstleistungen von 41 auf 71 Mio. Euro. Ein Willen zur ausgabenseitigen Konsolidierung ist nicht zu erkennen. Auch im Vergleich zu anderen hessischen Kreisverwaltungen zeigt sich eine überdurchschnittliche Personalausstattung und eine überdurchschnittliche Belastung der kreisangehörigen Kommunen.

Der Schuldenstand des Kreises Groß-Gerau ist ebenfalls mehr als beunruhigend. Der Schuldenstand von 265.161.400 Euro soll bis 2026 auf 492.539.300 ansteigen. Sämtliche Investitionen sind fremdfinanziert. Dies ist besorgniserregend und nimmt der kommenden Generation sämtlichen Gestaltungsspielraum. Schon heute nimmt uns die Kreis- und Schulumlage wichtigen Spielraum zur Gestaltung – zukünftig wird es bei dieser Entwicklung keinen mehr geben. Statt in unserer Stadt Infrastruktur zu schaffen und instand zu halten, werden Projekte nicht umgesetzt werden können und freiwillige Leistungen müssen ggf. gekürzt werden. Zusätzlich werden die Bürger*innen durch höhere Steuern in unserer Stadt immer mehr belastet werden.

Im Schreiben des Regierungspräsidiums vom 7. Dezember 2022 ist Folgendes zu lesen: „Die Haushaltsdaten des Landkreises Groß-Gerau haben sich – über die aktuelle Krisensituation hinaus – in einem solchen Maße verschlechtert, dass ggf. noch zu erwartende Entlastungen durch die staatliche Ebene keinesfalls ausreichen werden, die Finanzmisere zu beherrschen.“ Diese Aussage der Genehmigungsbehörde ist alarmierend. Trotzdem wurde an dem Entwurf festgehalten. Auch in der Vergangenheit wurden Hinweise und Warnungen der Genehmigungsbehörde ignoriert. In Schreiben

vom 7. April 2021 hat das Regierungspräsidium Folgendes geschrieben: „Die Personalaufwendungen haben sich seit 2012 fast verdoppelt (Steigerung + 96,2 v. H.). In den anderen Landkreisen im Regierungsbezirk Darmstadt können in diesem Zeitraum nicht ansatzweise ähnliche Steigerungen festgestellt werden. (...) Die Ergebnisse der Konsolidierungsanstrengungen im Bereich der Personalaufwendungen zum Stand 30. Juni 2021 sind mir spätestens bis zum 31. Juli 2021 darzulegen.“
Resultat ist, dass der Landrat erneut 220 neue Stellen im Entwurf vorgeschlagen hat und die Koalition weitere vier Stellen beschlossen hat. Dies ist landesweit beispiellos. Wir bitten alle Fraktionen im Stadtparlament von Mörfelden Walldorf, hier geschlossen ein Zeichen für Mörfelden-Walldorf zu setzen und dem Antrag zuzustimmen.



Stephan Middelberg
Fraktionsvorsitzender Freie Wähler